Nummer 137 — Halle, Donnerstag, den 14. Juni 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 250,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 5150.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 5150.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 5000.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigenzeile kostet im Ortsverkehr 900.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 850.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 3000.00 Mark im Ortsverkehr und 1000.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Verlag „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 12815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsständigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Paul Theuring
Rohrprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Leipzigerstraße 24, sowie die bekannten Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohrprodukten.

Das englisch-französische Gegenspiel.

Entspannung zwischen Frankreich und England / Englische Fragen an die Ruhreroberer / Neue Henkerarbeit
Italienische Vorstellungen / Versechsfachung der Zwangsanleihe / Gewaltige Kohlenpreiserhöhungen.

Ein Fragebogen.

Was geschieht bei Aufgabe des Abwehrkampfes?

London, 14. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Kabinetts ist noch kein Beschluß über die deutschen Vorschläge gefaßt worden. Das Kabinett hat sich dagegen beschlossen, an die französische und die belgische Regierung einen Fragebogen zu richten. Darin wünscht das Foreign Office vor allem zu wissen, was die beiden Regierungen im einzelnen unter der Einstellung des passiven Widerstandes verstehen und welche Maßnahmen sie insbesondere von der deutschen Regierung fordern. In zweiter Linie wünscht die englische Regierung zu wissen, wie sich die französische und die belgische Regierung die Räumung der Ruhr denken, wenn Zahlungen erfolgen und welche Form sie der Besetzung zu geben gedenken, wenn einmal der passive Widerstand aufgehört haben sollte. Vor allem möchte die englische Regierung erfahren, ob tatsächlich gewisse Gebiete geräumt werden und welche, oder ob nur die Besetzung eingeschränkt werden soll. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß eine Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré nicht ausgeschlossen ist. Die diplomatischen Besprechungen zwischen London und Paris werden inzwischen fortgesetzt. Die Fragebogen, die erklärt der „Petit Parisien" heute früh, lassen erkennen, in welcher Richtung England eine Verständigung sucht. Das Dokument dürfe nicht als definitive Note bewertet werden, in der die englische Politik in festen Umrissen zum Ausdruck komme. In diesem Zusammenhang erwähnt der „Petit Parisien", daß gewisse der Londoner Regierung nahestehende Kreise sich gestern über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung Poincarés mit Baldwin ausgelassen haben. Eine Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern könne, so nimmt man an, zur schnellen Erledigung und zur Einigung der beiden Länder beitragen.

London, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der belgische Vorschlag ist gestern hier überreicht worden. Er sieht eine Reparationskonferenz der Alliierten über das Berliner Memorandum vor, die zusammentreten soll, bevor noch die Frage des passiven Widerstandes entschieden wird. Das Programm der Konferenz, zu der Deutschland eingeladen werden soll, enthält die Festsetzung der Reparationssumme auf 40 Milliarden und die Revision des im Abkommen von Spa Frankreich und Belgien zugesprochenen Anteils.

*

Paris, 14. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten ist gestern zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit hat Poincaré die Versicherung abgegeben, daß die aus London mitgeteilten Depeschen, betreffend die Entschließung des englischen Kabinetts, in allen Punkten unrichtig sind und daß in jedem Falle aus den Mitteilungen des französischen Botschafters in London entnommen werden müsse, daß die Besprechungen im Geiste aufrichtiger Wärme (?) fortgesetzt werden.

Brüssel, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das von der englischen Regierung veröffentlichte Dementi über ihre angeblichen Beschlüsse in der Frage der Beantwortung der deutschen Vorschläge hat hier eine Entspannung bewirkt. Man hofft in Regierungskreisen, daß es möglich sein werde, auf die eine oder andere Art die interalliierten Besprechungen wieder aufzunehmen und die Einheitsfront wieder herzustellen.

*

Amerika Schiedsrichter in der Reparationsfrage.

London, 14. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Central News" meldet aus Washington: Hier sind Telegramme eingelaufen, nach denen die englische Regierung einen Plan vorbereitet, der den Vereinigten Staaten das Amt eines Schiedsrichters in der Reparationsfrage zuweisen soll. Präsident Harding lehnte jede Meinungsäußerung über diese Anregung ab.

*

Italien am Scheidewege.

Schiffbruch der neutralen Politik.

Rom, 13. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) In der „Tribuna" nimmt heute Rastignac Stellung zum Ruhrproblem. Seine Auslassungen sind im Augenblick um so wichtiger, als Rastignac seine Informationen direkt vom Ministerpräsidenten einzuholen pflegt und seine Artikel meistens im offiziellen Blatt des Fascismus, dem „Popolo d'Italia", abdruckt. Der Hauptgedanke des Artikels ist, daß die Italiener gekommen sei, sich zu entscheiden, ob man sich dem französischen Waffendruck anschließen oder eigene Wege gehen solle. Die Politik der Neutralität habe Schiffbruch erlitten und es sei nunmehr Zeit, eine andere Politik zu suchen. Rastignac bemerkt zur französischen Forderung der Aufgabe des passiven Widerstandes: Entweder ist der deutsche Widerstand wirklich, wie Poincare vor der Kammer ankündigte, gebrochen, dann versteht man nicht recht, warum Poincare immer noch seine Aufgabe zur Voraussetzung zu Verhandlungen macht, oder: der Widerstand nicht gebrochen, dann würde dies einem völligen Scheitern der französisch-belgischen Aktion gleichkommen. Noch vor der Untersuchung der neuen Sachlage in Deutschland müsse also eine Unterbrechung eingeleitet werden über die Lage an der Ruhr und über die Ziele, die die Besetzung erreichte oder noch erreichen soll. Rastignac fährt fort: Frankreich habe zwar einen Anspruch darauf, sich von Deutschland entschädigen zu lassen, aber jeder Anspruch habe auch seine Grenzen. Frankreichs Vorgehen müsse einen bestimmten Verdacht erwecken, den Poincare selbst zwar stets offiziell zurückweise, den jedoch die französische Presse durchaus bestätigt.

*

Englisch-französische Einigung?

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 14. Juni.

Die unbestritten starke Entspannung zwischen England und Frankreich, die sich in den offiziellen Erklärungen der Londoner und Pariser Kabinette kundgibt, erklärt sich daraus, daß beide Teile endlich auf die Blutsdrohung mit dem Bruch verzichtet und einander eingesehen, daß ihnen beiden ihre Interessen eine Trennung verbieten. Man darf in Deutschland nicht übersehen, daß sich England durchaus nicht einseitig unter den Willen Frankreichs beugt, sondern daß das nunmehr sehr wahrscheinliche Kompromiß durch Zugeständnisse und Entgegenkommen von beiden Seiten erzielt werden wird. Frankreichs Nachgiebigkeit erstreckt sich dabei auf folgende Punkte: Poincaré ist jetzt ausdrücklich bereit, Reparationsbesprechungen mit den Alliierten sogleich aufzunehmen nur mit der Einschränkung, daß diese Aussprache nicht sogleich auf einer Konferenz, sondern zuerst nur auf diplomatischem Wege und in Beratungen mit den alliierten Sachverständigen eröffnet werden soll. Entgegenkommen zeigt er aber auch in der Frage des passiven Widerstandes. Es ist jetzt so gut wie sicher, daß Frankreich nicht mehr auf einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands besteht.

*

Man wird gut tun, diese Meldung zunächst etwas mißtrauisch zu betrachten. Gewiß ist Frankreich diesmal zurückhaltender als sonst. Und die Stimmen der französischen Presse klingen nicht mehr ganz so diktatorisch wie einst. Der „Temps" sogar zeigt sich heute zum ersten Male in seinem Glauben an die Wirkung der Ruhrpolitik ein wenig erschüttert. Er diskutiert den Gedanken eines Waffenstillstandes im Ruhrgebiet: „An dem Tage, wo die Reichsregierung und die preußische Regierung alles getan haben werden, um dem Widerstand ein Ende zu machen und die Bevölkerung zur ehrlichen Zusammenarbeit mit den Verbündeten zu bewegen, an dem Tage, wo ein normaler Fortgang der Leistungen, der Steuererhebungen, des Verkehrs usw. eintreten würde, würde sich die französische und die belgische Regierung in die am 11. Januar ins Auge gefaßte Lage zurückversetzt finden. Die Rolle der zivilen Verwaltung würde wieder die überwiegende innerhalb der interalliierten Ruhrbesetzung werden." Zu diesem für Deutschland undiskutablen Vorschlag macht der „Temps" noch zwei Vorbehalte: Einerseits wäre es, da die Bevölkerung seit fünf Monaten zum Widerstand aufgehetzt worden ist, notwendig, daß das französisch-belgische Kommando seine Freiheit behält, um alle Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die ihm geboten erscheinen. Andererseits würde die Auflösung des deutschen Widerstandes noch verschiedene andere Sicherheitsmaßnahmen verlangen, so z. B. könnte man nicht gestatten, daß die Lager metallurgischer Erzeugnisse, die dank den Regierungsvorschlägen von den deutschen Industriellen aufgestapelt wurden, mit einem Schlag auf den Markt geworfen würden. Alles in allem für uns zwar unannehmbar, aber nicht mehr so unverständlich wie Anfang Mai. Wenn nicht alles trügt, dann ist es wahrscheinlich, daß England und Frankreich sich schließlich in irgend einer Form erständigen und Deutschland dann den Druck von beiden Seiten aushalten hat. Für uns jedenfalls kein Grund, dem Konflikt und der sich anbahnenden Lösung mit besonderer Freude zuzusehen.

*

Neue Blutopfer.

Düsseldorf, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schießwahnsinn, von dem die Franzosen in den letzten Tagen befallen sind, hat auch hier ein Opfer gefordert. Der Schornsteinfeger Heinrich Reger war bei einem französischen Offizier wegen Kaminfegens vorstellig geworden, und der Offizier hatte ihm einen Soldaten zur Begleitung mitgegeben. Reger stieg auf das Dach, der ihm beigegebene Soldat folgte aber nicht sofort, und nun feuerte ein anderer Franzose auf ihn nier Schüsse ab. Reger ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

*

Dortmund, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Von den Franzosen wurde der angebliche Mörder der beiden französischen Unteroffiziere festgenommen. Nach französischen Angaben (!) handelt es sich um einen früheren deutschen Schupobeamten. Der Verhaftete versuchte, sich durch Flucht seinen Verfolgern zu entziehen und wurde bei der Verfolgung erschossen. — Bei den in Essen-Rellinghausen bedienteten Bahnsteigschaffner Schlosser erschien gelegentlich der Besetzung des Bahnhofes ein französischer Offizier in Begleitung von fünf Soldaten und beschlagnahmte ein Zimmer mit der Erklärung, daß es mit einer Wache besetzt werde. Bei dieser Gelegenheit wurde das fünfjährige Söhnchen des Schlosser von den Soldaten mitgenommen. Die Rückkehr des Kindes ist bisher noch nicht gemeldet. Es sind Schritte beim Roten Kreuz zur Verfolgung des Falles eingeleitet worden.

*

Sechsfache Zwangsanleihe.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat heute vormittag entsprechend dem Antrage Lange-Egermann (D. Vp.) mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten die Versechsfachung der Zwangsanleihe behufs Sicherstellung der verbilligten Brotversorgung für Minderbemittelte und Sozial- und Kleinrentner angenommen.

Erziehungsziel und Sparsamkeit.

Wie kann an der Schule gespart werden?

Von Studienrat Sturm-Grünberg.

Die Frauen und Mütter sind in erster Linie an der neuzeitlichen Schulentwicklung interessiert. Wir geben deshalb den folgenden Anregungen aus praktischem Schulbetrieb hier gerne Raum, obwohl wir nicht allem ohne weiteres zustimmen vermögen.
Die Schriftleitung.

Wir stehen heute vor dem Zwange, auf allen Gebieten sparen zu müssen. Auch im Schulwesen muß diesem Zwange Rechnung getragen werden, so schmerzlich uns die Notwendigkeit berührt. Die Zusammenlegung von Klassen ist falsche Sparsamkeit, wir müssen im Gegenteil danach streben, die Klassenfrequenz herabzusetzen. Es gibt noch viele Leute, die ihre Kinder unter allen möglichen Vorwänden der Grundschule entziehen möchten. Als Grund für ihre Handlungsweise geben sie meistens an, daß bei einer Schülerzahl von 60 Kindern doch gar nicht von Erziehung und Unterricht die Rede sein könnte, und darin haben sie nicht Unrecht. Gerade bei den Schulanfängern wäre eine kleine Schülerzahl wünschenswert, denn hier kann noch am allerersten etwas durch Erziehung erreicht werden. Bei einer großen Schülerzahl ist der erzieherische Einfluß des Lehrers gering. Was hier an Lehrkräften gespart wird, kann sich später bitter rächen durch Mehrausgaben für Fürsorgeerziehung oder gar Gefängnisse. Wenn in allen Schulgattungen kleinere Klassen sind — aber eben auch nur dann — kann dagegen auf einem anderen Gebiete ohne Beeinträchtigung der Schulleistung gut gespart werden, nämlich bei der wöchentlichen Stundenzahl der Schüler. Diese haben bei allen Schulgattungen und bei allen Altersstufen zu viel Stunden. Experimentelle Versuche haben ergeben, daß die wenigsten Schüler fähig sind, die 5. Stunde noch voll aufzupassen. Selbst in der 4. Stunde läßt die Aufmerksamkeit schon bedeutend nach. Nicht voll ausgenutzte Stunden sind aber nicht nur teilweise zwecklos, sondern sogar in mancher Hinsicht schädlich. Für die Schulanfänger ist eine Schulzeit von 18 Stunden schon reichlich, in der ersten Zeit wären vielleicht 15 ausreichend. In den unteren Klassen der höheren Lehranstalt wären 26 ausreichend; und 30 müßten das Höchstmaß der Stunden auf der Oberstufe sein, besser wäre es auch hier, sich mit weniger zu begnügen.

Bisher haben wir Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Reformschulen, Lyzeen und Mittelschulen, die alle einen verschiedenen Unterbau haben, was nicht nur unnötige Kosten verursacht, sondern auch vom unterrichtlichen Standpunkt aus falsch ist. Auf der Oberstufe ist ja eine große Vielgestaltigkeit außerordentlich wünschenswert, nicht aber in dem kindlichen Lebensalter. Ein Urteil über die Art der Begabung kann doch erst gefällt werden, wenn die Schüler einige Zeit fremdsprachlichen Unterricht genossen haben. In Klein-, ja selbst in vielen Mittelstädten ist überhaupt nur eine über das Ziel der Volksschule hinauszweisende Schule denkbar. Es gibt Städte mit einer Realschule, in der auf der Unterstufe auch nebenher Lateinisch unterrichtet wird, bloß weil die nächstgelegene Vollanstalt ein Gymnasium ist. Diese unnötige Ausgabe könnte den Städten erspart werden, wenn in allen höheren Lehranstalten zunächst nur eine neue Sprache getrieben würde. In dem kindlichen Lebensalter ist auch noch kein unterschiedlicher Lehrplan für Knaben und Mädchen angebracht. Das würde auch eine große Büchersparnis für die Eltern bedeuten. Auf der Oberstufe ist dagegen möglichste Vielgestaltigkeit wünschenswert. Es werden dort eine Reihe wahlfreier Fächer sein. Der Plan der deutschen Oberschule sieht z. B. als zweite Fremdsprache eine wahlfreie vor. Förderklassen für Begabte, Sonderklassen für Schwachbegabte sind ein Segen. Alle diese Einrichtungen kosten Geld, das aber reichlich Zinsen trägt. Es gäbe aber auch hier einen Weg, zweckentsprechend zu sparen. In vielen Städten werden die wahlfreien Lehrgänge und Sonderklassen, in Kleinstädten sogar die ganze höhere Schule nur von wenigen Schülern besucht werden. In Klassen mit sehr wenig Schülern läßt sich doch in wenigen Stunden dasselbe erreichen, zumal, wenn man als Ziel nicht weniger den Erwerb von vielen Kenntnissen, als vielmehr die Fähigkeit, sich diese durch eigene Arbeit zu erwerben, setzt. Würde man verlangen, daß in Klassen mit nur 10 Schülern dieselbe Stundenzahl für das Fach gefordert wird, so müßten zahlreiche Schulen in Kleinstädten eingehen, alle die wertvollen, eben genannten Einrichtungen wären auch in Mittelstädten unmöglich, oder es müßten auseinanderfolgende Lehrgänge zusammen unterrichtet werden, was einen unterrichtlichen Rückschritt bedeutet.

Nun noch ein Wort über die Zahl der Schuljahre. Durch die vierjährige Grundschule wird die Ausbildungszeit um ein Jahr verlängert, wenn die höhere Schule ebenfalls Klassen behält wie bisher. Ist das wünschenswert und notwendig? In den oberen Klassen stellt sich schon eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230614017/fragment/page=0001

gewisse Schulmüdigkeit ein. Aus der vierjährigen Grundschule treten die Schüler doch reifer in die höhere Lehranstalt ein, da sie ja ein Jahr älter sind. Aber auch in ihren Kenntnissen können sie den jetzigen Volksschulen überlegen sein, wenn die Grundschule nicht mehr so volle Klassen hat. So sehen wir, daß auch hier die Herabsetzung der Klassenfrequenz eine Ersparnis auf anderen Gebieten bedeutet. Vor allen Dingen müßten aber die Hochbegabten Gelegenheit haben, in kürzerer Zeit das Ziel der Schule zu erreichen. Manchem Schüler würde erst dadurch die Möglichkeit zur Erreichung höherer Bildung gegeben. Hier fallen auch Sparsamkeits- und Erziehungsrücksichten zusammen. Es kommt gar nicht selten vor, daß die begabten Schüler nachher im Leben versagen. Wie kommt das? Sie haben eines auf der Schule nicht gelernt: ihre Kräfte stählen. Das Klassenziel konnten sie zwar ohne Anstrengung erreichen, aber selbständig arbeiten haben sie nicht gelernt. Gäbe man den Hochbegabten das Recht, auch einmal in kürzerer Zeit das Ziel der neuen Klasse zu erreichen, so gäbe man ihnen damit einen Ansporn, der ihren Fleiß fördert.

Wie könnte man nun bei den Tatsachen haben? Es gibt schon Städte mit einem Schulgebäude, in dem z. B. nebeneinander das Realgymnasium und das Lyzeum sind. Auf die Weise könnte eine Aula mit ihrer ganzen Inneneinrichtung gespart werden. Auch eine teilweise gemeinsame Lehrbücherei wäre in diesem Falle durchführbar. Auch die Anschauungslehrmittel könnten z. T. gemeinsam sein. Unter keinen Umständen dürfte aber gespart werden an Dingen, welche die Selbsttätigkeit der Schüler fördern, wie Experimentiertische, Schulküchen, Handwerksgeräte für den Werkunterricht und dergl. Ein sehr einfaches aber wertvolles Unterrichtsmaterial ist der Wandtafelunterricht. Er würde eine große Ersparnis in Schulheften bewirken können. Jedenfalls darf aber die trostlose wirtschaftliche Lage nicht zur Folge haben, daß unser Volk auch an geistigem Erwerb und Besitz zurückgeht. Der Geist ist es, der sich den Körper baut. Daher müssen wir unsere Jugend mit geistigem Rüstzeug versehen, dann wird sie dereinst auch bessere Zeiten herbeiführen können.

Die bulgarische Revolution.

Wien, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Wiener bulgarische Geschäftsträger dementiert die über die Ereignisse und Zustände in Bulgarien verbreiteten beunruhigenden Meldungen und bezeichnet sie als Ausgeburt überhitzter Phantasie. Es sei unmöglich, daß die mit der wichtigsten Feldarbeit beschäftigten Bauern alles liegen und stehen ließen, um ihr Leben ihn Sofia preiszugeben.

*

Sofia, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die gefangenen Bauern sollen als Aufrührer vor ordentliche Gerichte gestellt werden. Die neue Regierung verkündet die Aufhebung des Ausnahmegesetzes, welches Stambuliski erlassen hatte. Ueber das Vermögen Stambulijskis und sämtlicher Exminister wurde die Sperre verhängt. Der Ackerbauminister Obow, der sich während des Putsches auf einer Versammlungsreise im Lande befand, organisierte dort den bewaffneten Widerstand einiger Dörfer und kam bald in einen Kampf mit Regierungskavallerie, wobei er geschlagen wurde. Er floh mit zwei Begleitern auf die rumänische Donauinsel Karlovar, wo er von den rumänischen Grenzwachen, wie bereits gemeldet, gefangen genommen und über die Grenze gebracht wurde. Auch an anderen Punkten kommen zahlreiche bulgarische Flüchtlinge nach Rumänien. Die aus Belgrad kommenden Nachrichten über Bulgarien haben sich zum größten Teil als unzuverlässig erwiesen.

*

Wieder ein Todesurteil.

Paris, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Mainz fand heute vormittag die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den wegen Sabotage angeklagten Ingenieur der Badischen Anilinfabrik Görges statt. Der Angeklagte wurde in dem Augenblick verhaftet, wo er an der Eisenbahnstrecke in der Nähe bei Ludwigshafen Explosivstoffe anzubringen versuchte, um eine Entgleisung herbeizuführen. In der Verhandlung gestand der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Tat. Sein Auftreten wird von den französischen Blättern als auffallend würdig bezeichnet. Er protestierte gegen den Vorwurf der Feigheit, den ihm der Vertreter der Anklage machen wollte, und er versicherte, daß er nur aus patriotischen Gründen gehandelt und seit langem sein Leben zu opfern beschlossen habe. Er wurde nach kurzer Beratung des Gerichtshofes zum Tode verurteilt.

*

Elberfeld, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Freikorpsführer Heinz alias Hauenstein ist auf telegraphische Anweisung des Oberreichsanwalts in Kassel nach vierwöchiger Haft entlassen worden. Von zuverlässiger Seite erfährt die „Bergisch-Märkische Zeitung" hierzu noch folgendes: Als die Verhaftung Heinz' bekannt wurde, begab sich einer seiner Freunde zu Römer und machte ihm Mitteilung über die Absichten und die Vorbereitungen Schlageters und verlangte dringlich die Entlassung Heinz', der sich verpflichtete, sich nach der Befreiung Schlageters freiwillig zu stellen. Römer erwiderte, daß an die Freilassung nicht zu denken sei. Im Nebenzimmer seien zwei von Severing bedeutete Berliner Beamte, die den Befehl hätten, Heinz sofort wieder zu verhaften, wenn der Untersuchungsrichter, der Heinz zur selben Stunde vernahm, ihn etwa freilassen sollte.

*

Starke Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem am 11. Juni die neuen Lohnerhöhungen für den Bergbau festgesetzt worden sind, trat am Mittwochnachmittag der Große Ausschuß des Reichskohlenrates mit dem Reichskohlenverband zur Beschlußfassung über die notwendig gewordenen Preiserhöhungen zusammen. Es wurde beschlossen, die Preise etwa im gleichen Ausmaß heraufzusetzen, wie das mit den Löhnen geschehen ist, nämlich um durchschnittlich 52 Prozent. Im einzelnen wurden folgende Netto-Preiserhöhungen für die Tonne festgesetzt: Rheinland-Westfalen 82 974 M., Oberschlesien 75 891 M., Niederschlesien 88 258 M., Sachsen 107 070 M., rhein. Braunkohle, Rohkohle 14 980 M., Briketts 52 831 M., mitteldeutsche Braunkohle, Rohkohle, 16043 M., Briketts 52352 M. Zu diesen Erhöhungen treten noch die üblichen Steuerzüge und der Handelsnutzen, so daß für Ruhrettfördertohle die Tonne ab Zeche 339 768 Mark kosten wird, während der Netzpreis 230 444 ausmacht. Die neuen Preise treten, wie die Löhne, am 15. Juni in Kraft. — Wie wir hören, werden auf Grund dieser Erhöhungen voraussichtlich noch Ende dieser Woche neue Steigerungen der Eisenpreise erfolgen, in einer nächsten Woche Steigerungen der Kalipreise.

*

Die finanzielle Sicherung der Brotversorgung.

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 fort. Abg. Dr. Helfferich (Dn.) schlug vor, die Mittel für die Brotverbilligung in der Weise zu beschaffen, daß die Zwangsanleihe verdreifacht und ferner die Einkommensteuer herangezogen wird, soweit das für 1922 einkommensteuerpflichtige Einkommen 800 000 Mark überschritten hat, und daß spezielle auch die Börsensteuer herangezogen wird. Ihm gegenüber bemerkte Abg. Lange-Hegermann (Soz.), die Heranziehung der Einkommensteuer und der Börsensteuer sei nicht möglich, da unsere gesamte Steuergesetzgebung schon schwierig genug sei, und die Finanzämter mit Arbeit überlastet seien. Im Auftrage seiner Fraktion schlage er vor, den Betrag der Zwangsanleihe auf das Sechsfache zu erhöhen und am 1. August zu erheben; für Zahlungen nach dem 1. August sei ein valutarischer Aufschlag zu zahlen. Abg. Dr. Hertz (Soz.) lehnte für diesen Vorschlag namens seiner Fraktion die Verantwortung ab, falls sich aus der Erhebung des sechsfachen Betrages der Zwangsanleihe gegenüber dem von seiner Fraktion geforderten fünfachen Betrag nicht die erforderlichen Mittel ergäben. Mit diesem Vorbehalt stimmte er jedoch dem Zentrumsantrag zu und empfahl, für die wertbeständige Anlage auch den Geschäftsbesitz der Glasindustrie zuzulassen zu machen. Reichsernährungsminister Dr. Luther hielt an der Schätzungsgrundlage eines Betrages von 75 Millionen Goldmark fest, und Reichsfinanzminister Dr. Hermes richteten den dringenden Appell an den Ausschuß, den Entwurf mit der größten Beschleunigung zu verabschieden. Das Deutsche Reich befinde sich in einer außerordentlich schwierigen Lage, deshalb müsse mehr denn je das deutsche Volk einig und gefestigt den zukünftigen Verhältnissen entgegengehen. Diese Einigkeit müsse auch auf steuerlichem Gebiet bestehen. Auch die Frage der erhöhten Vorauszahlung auf die Einkommensteuer und das Landessteuergesetz, ferner die Neuregelung der Verbrauchssteuern müssen noch in dieser Session erledigt werden. Dr. Hermes stimmte dann dem Vorschlag Lange-Hegermann grundsätzlich zu.

*

Die Mordanschläge gegen Kapitän Ehrhardt.

Freisprechung im Prozeß Römer.

München, 13. Juni. Vor dem Volksgericht München hatte sich der frühere Führer des Bundes Oberland Dr. Josef Nikolaus Römer zu verantworten, weil er nach der Anklage 1921 den Schriftsteller Küser wiederholt dazu aufgefordert habe, den Kapitän a. D. Ehrhardt und den Major Siebringhaus zu ermorden. Bezüglich des Ehrhardt gab er als Grund an, daß Ehrhardt zu den Juden übergeschwenkt sei und von dem Großindustriellen und Regierungsrat Strauß, dem Freunde des Staatskommissars Weismann, unterstützt werde. Dr. Römer bestritt die Beschuldigung in vollem Umfange. Er habe die nationalsozialistische Politik Ehrhardts aufs schärfste zurückgewiesen, aber niemals mit irgendwelchen Gewaltplänen gegen ihn gearbeitet. Die Verhandlung nahm einen überraschende Wendung, da Küser unter Berufung darauf, daß er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen müßte, die Aussage verweigerte. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte dann die Freisprechung Römers, dem auch für die zweimonatige Untersuchungshaft ein Entschädigungsanspruch zuerkannt wurde.

*

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Rückkehr zur napoleonischen Kontinentalpolitik.

München, 13. Juni. Im Fuchsprozeß machte der Zeuge Kapitänleutnant Kautter politisch sehr interessante Aussagen über seine Unterredungen mit dem französischen Major Richert. In der zweiten Unterredung mit dem französischen Beauftragten, der der Zeuge bedeutsamerweise durch einen Staatenbund, bestehend aus Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Polen und einzelnen Teilen Deutschlands, also die Wiederkehr der napoleonischen Kontinentalpolitik. Ferner gibt der Zeuge Kautter an, daß er von Machhaus direkt 15 Millionen, durch Bergers Bruder 28 Millionen, durch Friedmann 174 Millionen Mark, mit einzelnen kleineren Summen zusammen 63 Millionen Mark von den französischen Geldern für sich verwendet; die ganze Summe sei durch Terrorisier restlos den vaterländischen Verbänden zur Verwendung in einem den französischen Absichten entgegengesetzten Sinne zugeführt worden. Heute nachmittag wurde die Verhandlung durch die Vernehmung des Zeugen Schäfer ausgefüllt, der belastete, daß Machhaus, Berger und Auge auf eine rasche und wirkungsvolle Aktion gedrängt hätten. Zeuge hätte frühzeitig die krankhafte Tendenz des Unternehmens durchschaut und demgemäß die Polizei benachrichtigt. Von der beabsichtigten Errichtung einer Monarchie sei ihm nichts bekannt. Zeuge gab dann eine Aufstellung der Verwendung der ihm zugegangenen Gelder, etwa 28 Millionen Mark. Auf eine Anfrage erklärte der Vorsitzende zum Schluß der heutigen Verhandlung, daß er hoffe, morgen abend die Beweisaufnahme abschließen, und daß man demgemäß noch einem Schluß des Prozesses in dieser Woche rechnen könne.

*

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Juni. In vorbildlicher Weise hat der Deutsche Reichstag während in Bayern jetzt zur Ruhrfrage beschlossen wird, weniger als 50 Millionen Mark sind von ihm diesem rechtlichen Zweck angewiesen worden. Das reichsstatistische Jahrbuch dem Dank, der am Mittwoch Präsident Löbe namens des Reichstages für sein vorbildliches Handeln aussprach, und es sollte weiteren Kreisen des deutschen Volkes zur Anfeuerung dienen, sich auf die bevorstehende Beitragspflicht für die Ruhrsperde zu besinnen. Unbedingt in der bevorstehenden entscheidenden Phase des Ringens um Deutschlands Freiheit muß unseren maderen „Frankkämpfern" der Rücken gestärkt werden. — Die ersten Punkte der Tagesordnung betrafen Steuerfragen. Das Meinungsbild, dessen Gesetzgebungsdauer bis zum 1. April 1924 verlängert werden soll, wurde nochmals an den Steuerausschuß zurückverwiesen. Die erste Lesung der neuen Verbrauchssteuervorlage — Erhöhung der Mineralwässer, der Genußmittel, der Alkoholarten, der Salz- und der Zuckersteuer — führte nach kurzer Debatte, in der die sozialdemokratischen Redner die Zustimmung ihrer Fraktion von den am einzelnen Positionen geäußerten Wünschen, zur Ueberleitung des Gesetzentwurfes an den Steuerausschuß. Dann wandte sich das Haus einer Materie zu, die von höchster Bedeutung ist für die Erhaltung der Volksgesundheit: der zweiten Lesung des Gesetzes zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Seine Bestimmungen sind immer noch umstritten, obwohl der Sozialausschuß des Parlaments seine Entschließungen nach jeder Richtung hin geändert hat. Eine Verschärfung des Strafgesetzes wurde jetzt abgelehnt, vor der Unterhaltung von Bordellen wird jetzt abgeschlossen werden. Reichsinnenminister Dr. Oeser verwies auf die einstimmige Annahme der Vorlage im Ausschuß und bat um schnelle Verabschiedung im Plenum. Das Gesetz müsse noch Abschluß der Vorarbeiten und der Verständigung mit den Landesregierungen am 1. Oktober in Kraft treten können. Der Minister unrißt in ablehnenswerter Darstellung die durch die außerordentliche Zunahme der sexuellen Erkrankungen nach dem Weltkrieg verursachte schwere Schädigung der Volksgesundheit in Stadt und Land. Die unglaubliche Zahl von einer Million Geschlechtskranken sei entsetzlich. Darunter seien 250 000 Syphilitiker, 100 000 Kranke, die der Krankenhausbehandlung bedürfen, 100 000 sterben. Eben infolge Geschlechtserkrankung. Die Provinz Sachsen habe in ihren Etat erstmalig 100 Millionen Mark eingestellt, um den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten mit Nachdruck führen, weil ihr Etat mit Milliardenausgaben infolge von Geschlechtskrankheiten belastet ist. Im Verlaufe der Aussprache gelten sich Abgeordnete des Zentrums, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschvölkischen und der Demokraten im wesentlichen für das Gesetz ein. Abg. Dr. Moro (Kom.) erklärte in dem Gesetz keine wirksame Waffe und beantragte einen Untersuchungszwang für alle Personen zwischen 14 und 60 Jahren. Darauf wird die Beratung abgebrochen. Neu auf der Tagesordnung gesetzt wird die neue Ergänzung zum Beamtenbesoldungsgesetz. Abg. Morath (Bayr. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die Vorlage wird in der Ausschußfassung gegen die Linke in weiter und dritter Lesung angenommen. Donnerstag, 2 Uhr: Gesetz über Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Weiterberatung.

Amundsens Flug zum Nordpol.

Und die Hilfsexpedition.

Dieser Tage verließ der Dampfer „Merkur" der Bergener Dampfschiffahrtsgesellschaft den Hamburger Hafen. An Bord befinden sich die deutschen Piloten der Junkerswerke, Neumann und Löwe, sowie ein stählernes Junker-Wasserflugzeug nebst Eiskufen mit einer Motorkraft von 185 PS. Ferner hat sich Professor Wegener eingeschifft, der der Expedition als Meteorologe dienen wird. Der Zweck dieser Expedition ist folgender: Gegen Ende des Monats Juni wird Amundsen vom arktischen Amerika aus seinen Flug über den Nordpol nach Spitzbergen antreten. Die deutsche Expedition soll ihm entgegenfliegen, um im Bedarfsfalle Hilfe bringen zu können. Zu diesem Zweck wird die Expedition zunächst nach Norwegen befördert, wo die Flieger die Expedition flugbereit machen werden.

Amundsen, der berühmte Nordpolfahrer und Südpolentdecker, unternimmt den Flug auf einem deutschen Flugzeug, einem nach dem System von Professor Junker konstruierten Eindecker, den Amundsen gewählt hat, weil er die für den Nordpolflug nötigen Eigenschaften vereinigt, nämlich geringsten Benzinverbrauch bei größter Tragfähigkeit und absoluter Wetterbeständigkeit, die dem Eindecker sein gänzlich aus Metall konstruierter Körper verleiht. Da aber der Flug Amundsens nach dem Nordpol ein ungeheuer gefährliches Unternehmen mit sehr unsicherem Ausgang ist, ist gleichzeitig die Hilfsexpedition ausgerüstet worden, die von der anderen Seite des Nordpols aus dem Flugzeug Amundsens entgegenfliegen wird. Das Hilfsflugzeug, ein überaus starker Aluminiumeindecker mit 185 PS. starkem Motor, ist ebenso wie Amundsens Flugapparat selber mit Radiotelegraphie versehen.

Welch wichtige Rolle die Hilfsexpedition zu spielen hat, ergibt sich aus den großen Gefahren, denen Amundsen ausgesetzt sein wird. Man muß immer damit rechnen, daß er gezwungen wird, eine Notlandung vorzunehmen. Wird Amundsen durch irgendwelche widrige Umstände am Weiterfliegen verhindert, so muß ihm sofort Hilfe gebracht werden, reichen doch seine Nahrungsmittelvorräte nur für wenige Tage aus! Vor allem gilt es, Amundsen den Flug auf der letzten Strecke seines Weges zu erleichtern. Ihre wichtigste Aufgabe wird die Expedition aber zu erfüllen haben, wenn Amundsen nicht zur vereinbarten Zeit eintreffen sollte. Dann würde sofort eine entschlossene, systematische Aktion zur Auffindung und Rettung des Polfliegers unternommen werden.

Auch die norwegische Regierung hat bereits in richtiger Einschätzung der Gefahren des Nordpolfluges ein Flugzeugmutterschiff mit drei Seeflugzeugen nach dem ewigen Eis des Nordens abgeschickt. Diese Expedition wird den Wachtdienst an der Eisgrenze versehen. Die Flugzeuge sind jedoch infolge ihres geringen Aktionsradius und ihrer Ausrüstung mit Schwimmern statt mit Schneekufen für weite Flüge über Eis und Schnee nicht geeignet. Diese Aufgabe wird vielmehr dem deutschen Junkers-Flugzeug zufallen.

*

Der Film auf der Amundsen-Expedition.

Die Amundsen-Hilfsexpedition hat sich als Filmfachmann Direktor Mitterholzer von der Schweizer Luftverkehrsgesellschaft Ad Astra Aero mitgenommen, Mitterholzer wird vom Flugzeug aus Filmaufnahmen machen, die sicherlich viele neuartige Aufschlüsse über jene arktischen Gegenden geben werden.

Das 3. pommersche Musikfest.

Vom 16. bis 19. Juni findet in Kolberg das 3. pommersche Musikfest statt. Es wird vor allem unter dem Zeichen Martin Plüddemanns stehen, des leider allzu unbekannten Kolbergers Balladenkomponisten, der neben Loewe uns Deutschen das Größte an Balladenkompositionen beschert hat, was wir besitzen. 8 Bände mit Balladen sind sein Lebenswerk, aus denen „Siegfrieds Schwert" und „Schön Margret und Lord William" als besonders bemerkenswert hervorragen. In den Dienst dieses verstorbenen niederdeutschen Komponisten wird auf dem Kolberger Musikfest Kammersänger Brosgesit seine Kunst stellen.

*

Neue Mitglieder der Preußischen Akademie. Wie wir hören, ist der neue Vertreter der Sprache und Kultur Chinas an der Universität Berlin, Dr. Otto Franke (bisher in Hamburg) zum ordentlichen Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften gewählt und vom Preußischen Staatsministerium bestätigt worden. Ferner hat die Akademie den Bonner Mathematiker Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Eduard Study zum korrespondierenden Mitglied ihrer physikalisch-mathematischen Klasse gewählt.

Der Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste. Die freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern, die im Jahre 1842 durch Stiftung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste ins Leben gerufen ist, hat die Wissenschaftler und Künstler A. Einstein, Berlin, Gerhart Hauptmann, Agnetendorf, Felix Klein, Göttingen, Max Liebermann, Berlin, Hugo Obberer, Berlin zu ihren Mitgliedern gewählt.

Die radiotelegraphische Sitzung.

Einen originellen Gedanken hat kürzlich die Commonwealth Edison Company in Chicago verwirklicht. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat ein Mittel gefunden, oft beliebige Beschlußunfähigkeit von Generalversammlungen auf einfache Weise zu vermeiden, ohne daß den Aktionären zugemutet wird, sich aus ihrer Wohnung zu bemühen. Zu diesem Zweck hat er jedem der 25 000 Aktionäre der Gesellschaft einen kleinen radiotelegraphischen Apparat im Haus geschickt. Am Tage der Generalversammlung verlas der Vorsitzende den Geschäftsbericht und die Aktionäre konnten zu Hause in aller Ruhe und Bequemlichkeit dem Vortrag folgen. Auch diese Weise wurde der Abschluß genehmigt und die beantragte Kapitalerhöhung von 20 auf 100 Millionen Dollar von der Generalversammlung beschlossen. Auch die anderen Anträge wurden in der gleichen Art durch Zustimmung der Aktionäre erledigt.

Ein neues Guiscard-Drama. Wie aus Braunschweig gemeldet wird, las in der dortigen Kestnergesellschaft der hannoversche Dichter Dr. H. A. Thieß ein neues Drama „Guiscard" vor, das einen tiefen Eindruck machte. Thieß ist bereits bekannt als Verfasser von Novellen und Gedichten und besitzt in niederdeutschen Literaturkreisen eine ansehnliche Anhängerschaft.

Schillings' Vermächtnis. Max von Schillings, der Intendant der Berliner Staatsoper, hat sich in diesen Tagen mit Barbara Kemp verheiratet.

Ein neues Opernhaus. Das „Kleine Schauspielhaus" in der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin, das Jahre hindurch geschlossen war, wird in Kürze als moderne Opernbühne wieder eröffnet werden. Man ist gegenwärtig am Bau einer Normalbühne, auf der mit Hilfe eines Systems kombinierter Dekorationselemente sämtliche klassischen und modernen Opern aufgeführt werden können. Die Eröffnung wird mit „Hoffmanns Erzählungen" stattfinden.

Professorenaustausch. Uns wird berichtet: Das Unterrichtsministerium in Prag hat den ordentlichen Professor und Vorstand des betriebswirtschaftlichen Seminars der Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Detmold Dr. rer. pol. Artur Weiß eingeladen, Vorlesungen und Uebungen über wissenschaftliche Arbeitsweise unter besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie vor einem geschlossenen Kreis von Professoren in Brünn im August zu halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230614017/fragment/page=0002